



Am heutigen Mittwoch

wird sich der Innsbrucker Stadtsenat mit der Rotunde (Bild), die jahrzehntelang das Riesenrundgemälde beherbergte, beschäftigen. Das Land Tirol

will die sanierungsbedürftige Rotunde der Stadt schenken. Dort will man sich über das Geschenk aber nicht so recht freuen.

„Die zunehmend komplexen Klassensituationen erhöhen den Unterstützungsbedarf unserer Kinder.“

Bernadette Ramoser, AEB



Richtlinien für Nutzende wie Betreuende

BOZEN (LPA). Für alle Social-Media-Kanäle der Landesverwaltung gelten ab sofort neue, aktualisierte Richtlinien. Die Landesregierung hat gestern die entsprechende neue Social-Media-Policy beschlossen. In 8 Kapiteln und auf rund 20 Seiten umfasst der Social-Media-Leitfaden wichtige Richtlinien für alle, die die Social Media des Landes betreiben oder diese nutzen. Diese betreffen ethische Standards, Datenschutzrichtlinien sowie einheitliche Kriterien für die Moderation der Beiträge und die Öffnung und Betreuung neuer Kanäle. „Die sozialen Medien und deren Nutzung haben sich in den vergangenen Jahren weiterentwickelt und verändert. Um diesem Wandel Rechnung zu tragen, haben wir die Social-Media-Policy von 2018 auf den neuesten Stand gebracht und um wesentliche Punkte ergänzt“, sagt die Direktorin der Landesagentur für Presse und Kommunikation, Claudia Messner.

Nordtirol: Leistbar bauen und wohnen mit Bodenfonds



INNSBRUCK. 35 Familien konnten im Jahr 2023 in ihrer Heimatgemeinde über den Bodenfonds des Bundeslandes Tirol ein Baugrundstück erwerben und sich so zu leistbaren Konditionen ein Eigenheim schaffen. Die Grundkosten lagen zwischen 38 Euro pro Quadratmeter im oberen Lechtal und 449 Euro im Zentralraum von Innsbruck und damit deutlich unter den Grundkosten am freien Markt. Den Bodenfonds gibt es seit 30 Jahren. Seine Hauptaufgabe ist der Erwerb, die Entwicklung und die anschließende Weitergabe von Grundflächen zur Umsetzung geförderter und bodensparender Wohnbauprojekte sowie zur Ansiedlung von Betrieben.

Trotz Bedarf ungewollt in Teilzeit

SCHULE: AEB fordert Aufstockung der Kontingente bei Integrationsfachkräften – „Komme mit 3 betreuten Schülern nicht auf Vollzeitstelle“

BOZEN (ih). Seit Jahren bemühen sich die Elternverbände von Menschen mit Beeinträchtigung um eine Aufstockung bei den Integrationsfachkräften in der Schule. Es fehlt, so sagt etwa Bernadette Ramoser vom AEB, an Integrationslehrern und an Mitarbeitern für Integration. Gleichzeitig werden aber gerade bei letzteren die eigentlich vorhandenen Ressourcen nicht ausgeschöpft. „Wir arbeiten daran“, heißt es aus dem Bildungsressort.

Der Personalschlüssel für Integrationslehrkräfte liegt aktuell bei einem Lehrer auf 100 Schüler. Bei rund 45.000 Schülern (Grund, Mittel- und Oberschulen) sind das etwa 450 Stellen. „Viel zu wenig“, findet Bernadette Ramoser, Leiterin der Arbeitsgruppe deutsche Schule im Arbeitskreis Eltern Behinderter (AEB). „Das Stellenkontingent ist in den vergangenen Jahren nur geringfügig erhöht worden. Dabei nimmt der Anteil der Kinder mit einer Diagnose stetig zu. Hinzu kommt auch noch die steigende Komplexität in den Klassen, etwa durch die steigende Zahl sozial auffälliger Schüler sowie Schüler mit Migrationshintergrund bzw. Sprachdefizit“.



Für Schüler mit Beeinträchtigung gibt es Integrationsfachkräfte. „Gut investiertes Geld“, findet man beim AEB, „denn je besser die Kinder gefördert werden, desto eher finden sie später einen Job und desto selbstständiger sind sie als Erwachsene. Und das entlastet das Sozialsystem“.

Shutterstock/shutterstock

ten“, weiß sie. Auch bei den Mitarbeitern für Integration, die jeweils einem bestimmten Schüler mit Diagnose zugewiesen werden, bräuhete es laut AEB mehr Stunden.

Gleichzeitig schöpft man aber gerade hier das Potenzial nicht aus. Denn so mancher Mitarbeiter für Integration sitzt auf einer Teilzeitstelle, obwohl er eigentlich gerne Vollzeit arbeiten würde. 260 Vollzeitstellen umfasst

das Kontingent der Mitarbeiter für Integration für alle Schulen, inklusive Berufs- und Fachschulen. Mitarbeiter gibt es aber rund 700. Die meisten arbeiten also in Teilzeit, ob sie wollen oder nicht.

Einer davon ist Werner*. Seit 20 Jahren arbeitet er als Mitarbeiter für Integration. Derzeit hat er 3 Schüler mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen zugewiesen bekommen. „Doch nicht einmal mit diesen 3 Schülern komme

ich auf eine Vollzeitstelle“, klagt er. Dabei könnte der zweifache Familienvater ein Vollzeitgehalt gut gebrauchen. Seine Arbeit macht er gern, hat sich bewusst für die Arbeit mit Kindern mit Beeinträchtigung entschieden. Arbeiten könnte er allerdings mit seiner Ausbildung als Sozialbetreuer auch im Altersheim, und dort auch jederzeit in Vollzeit. Er wäre, so sagt er, nicht der erste, der deswegen der Schule den

Rücken kehren würde. Auch weil er mit dem aktuellen Zuweisungssystem schon sehr flexibel sein muss. Denn eine fixe Schule hat er als Arbeitsplatz nicht. „Ich habe sicher schon in allen Schulen in meinem Sprengel gearbeitet“, berichtet er. Oftmals hat er auch Schüler an unterschiedlichen Schulen zu betreuen. Auch logistisch nicht ganz einfach. Dabei, so findet Werner, gebe es genügend Bedarf an den Schulen, um aus seiner Teilzeit- eine Vollzeitstelle zu machen.

Im Bildungsressort weiß man um dieses Problem. „Wir arbeiten daran“, sagt Hansjörg Unterfrauer, Inspektor für Inklusion und Leiter des Referates für Inklusion in der pädagogischen Abteilung. Man suche nach Lösungen, sprich nach zusätzlichen Tätigkeiten für diese Mitarbeiter, immer im Bereich der Inklusion für Schüler mit Beeinträchtigung. Denkbar wäre etwa eine Ausweitung der Tätigkeit auf die Musikschulen. Beim AEB ist man mehr als skeptisch: Erstens sei dies wenig attraktiv und praktikabel. Und zweitens „ist unseren Kindern mehr geholfen, wenn die zugewiesenen Stunden erhöht werden“, so Ramoser. Zumindest versprochen hat dies Landesrat Philipp Achammer für die neue Legislatur.

*Name von der Redaktion geändert

© Alle Rechte vorbehalten

Bahnpolizei findet 88 vermisste Personen

JAHRESBILANZ: 600 Gramm Drogen beschlagnahmt – 49 Festnahmen – Kontrollen stark ausgeweitet

BOZEN/TRIENT (hof). Der Bahnpolizei von Verona und Trentino-Südtirol ist es im vergangenen Jahr gelungen, 88 vermisste Personen ausfindig zu machen – davon waren 82 minderjährig. Einige Minderjährige hatten sich von zu Hause entfernt, ohne dass es die Eltern bemerkt und folglich auch nicht angezeigt hatten.

Die Bahnpolizei von Verona und Trentino-Südtirol hat 2023 ihre Tätigkeit ausgeweitet: Über 175.000 Personen wurden einer Kontrolle unterzogen, das sind um 35 Prozent mehr als 2022. In 49 Fällen kam es dabei zu Festnahmen, gegen 454 Personen wird ermittelt, heißt es in einer Mitteilung.

2023 wurden insgesamt 600 Gramm Drogen beschlagnahmt – davon 580 Gramm Haschisch und Marihuana, 5 Gramm Heroin, 6 Gramm Kokain, weiters 16 Ecstasy-Tabletten und 70 Psychopharmaka-Tabletten.

In Zivil unterwegs, um Taschendiebe zu stellen

Die Bahnpolizei ist häufig auch ohne Uniform unterwegs: So wurden 745 Einsätze in zivil durchgeführt, um Taschendieben auf die Schliche zu kommen.

Kontrollen wurden bei insgesamt 1847 Zügen durchgeführt – von 740 Polizei-Streifen, jede

davon bestand aus mindestens 2 Beamten. In Zusammenarbeit mit Österreich und Deutschland kamen wiederum gemeinsame Streifen zum Einsatz, bestehend aus Beamten beider oder aller 3 Länder – mit dem Ziel, ausländische Staatsbürger ohne gültige Aufenthaltserlaubnis auf der Durchreise ausfindig zu machen. 2200 Ausländer wurden dabei kontrolliert, schreibt die Bahnpolizei.

Kupfer ist bei Dieben nach wie vor begehrt – deshalb wurden 2023 vorbeugend zahlreiche Kontrollen durchgeführt – auch bei den Zentren für die Sammlung und Wiedergewinnung von Metallen.

© Alle Rechte vorbehalten



Die Bahnpolizei hat 2023 zahlreiche Kontrollen durchgeführt – und ist dabei auch immer wieder auf Drogen gestoßen.

Bahnpolizei

2,1 Millionen Euro für Entwicklungsprojekte

WOHLTÄTIGKEIT: Projekte in Uganda, Tansania und Armenien werden fortgesetzt – Zusammenarbeit mit Euregio und FAO – „Beachtliche Erfolge im Kampf gegen Armut“

BOZEN (LPA). Mit insgesamt 2,1 Millionen Euro unterstützt das Land Südtirol im Jahr 2024 Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und der lokalen Bewusstseinsbildung. 1,6 Millionen Euro gehen zulasten des Haushaltsjahres 2024, 532.000 bzw. 29.000 Euro hingegen zulasten der Haushaltsjahre 2025 bzw. 2026. Dies hat die Landesregierung gestern beschlossen.

Landeshauptmann Arno Kompatscher betonte, dass sich das Land an gesetzlich festgelegte Prioritäten halte und die Zusammenarbeit mit den Südtiroler Organisationen im Sinne der Kontinuität fortsetze: „Viele dieser Partnerschaften bestehen bereits seit Jahren und weisen

beachtliche Erfolge im Kampf gegen die Armut und bei der Umsetzung der von den Vereinten Nationen festgelegten Ziele für nachhaltige Entwicklung vor.“ Kompatscher betonte auch, dass es „unsere Verantwortung ist, Menschen zu unterstützen, die in weitaus ärmeren Verhältnissen leben als wir, und wir tun dies nicht nur als Land, sondern auch über die Region und Euregio“.

Die Entwicklungszusammenarbeit wird unterteilt in die Unterstützung der Projekte von Südtiroler Organisationen und in territoriale Partnerschaften im Bereich Entwicklungszusammenarbeit und Minderheiten. Zudem fördert Südtirol die Be-



Wie trennt man Müll? Mit dem Euregio-Projekt in Kyebe in Uganda werden Maßnahmen zum Umweltschutz gefördert.

LPA/Amt für Außenbeziehungen und Ehrenamt

wusstseinsbildung und das globale Lernen – durch die Unterstützung von lokalen Projekten

und direkten Maßnahmen wie Veranstaltungen und Fortbildungen.

Das Land Südtirol unterstützt Projekte von Südtiroler Organisationen mit einem Betrag von 1.602.000 Euro. Was die territorialen Partnerschaften angeht, so wird die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Uganda und Tansania fortgesetzt. Dabei handelt es sich um ein Euregio-Projekt, das gemeinsam mit dem Bundesland Tirol und dem Trentino umgesetzt wird. Auch das mehrjährige Projekt in Partnerschaft mit der FAO (der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wälder und für das ländliche Wachstum in Armenien wird weiterhin von Südtirol unter-

stützt. Die geplanten Ausgaben belaufen sich auf insgesamt 100.000 Euro.

Im Bereich Bewusstseinsbildung und globales Lernen haben Südtiroler Organisationen insgesamt 13 Anträge eingereicht, für die insgesamt 409.000 Euro an Fördermitteln vorgesehen sind. In Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen werden zudem Veranstaltungen und Fortbildungen zu einem oder mehreren Zielen für nachhaltige Entwicklung organisiert, für die ein Betrag von 53.000 Euro vorgesehen ist.

© Alle Rechte vorbehalten